

Kirche und Staat

Direkt delegierte
2011-07-00
Delegierte Deutschland

Wie Zusammenarbeit organisiert
pastoral: Beamten - Pfarrer.

Der Staat: erleichtert oder finanziell
Die Kirche: bietet den Inhalt.

in 2005 in Ministerium der Justiz

Ein Sektor - spirituell care.

7 Konfessionen

~~ein direkt~~ ein Management team

direkt von der Staat

7 Hauptgeistlichen

Zusammenarbeit Kirche und Staat

Der Sektor hat 7 Grundlagen.

1 dual und partiar

"K+S"

dir. und hauptg gleichwertig

2. Pastoral von 7 Konfessionen

3 integrale Einheit in Pastoral

4 7 diener

5 Logik der Geste und Normen

6 Ein Sektor spirituell care

③ Politiek van de Staat in het veld van de Justitie
a form of Restorative Justice.

Person oriented in gefahrdenhilfe
Zusammenarbeit nach der Tat
Eigenaktionen Aftercare

Wie haben entwickelt das Konzept
Restorative Policing.

1. Zusammenhang Einheit
zwischen "Gott und dem",

Ein Beitrag an die Vorbereitung eines Einzelgespräch.
Discussion paper
Leben in Freiheit
coherente vision der Lebens

2. -Aufbau von Verwandtschaftsverhältnis

3. Opfer - Kontakte mit Opfer

4. After Care * Einsätze

* Kirchen mit Punkt

* Freiwillige



Strafvollzug braucht Gesellschaft

Stellungnahme der BSDG zu Perspektiven für den Strafvollzug

Die in der Bundesarbeitsgemeinschaft seelsorgerlich-diakonischer Gefährdetenhilfen (BSDG) e.V. zusammengeschlossenen Vereine sind z.Zt. mit etwa 600 ehrenamtlichen Mitarbeitern in 49 deutschen Gefängnissen engagiert. Die intensive Begegnung mit Gefangenen führt notwendig zu einer Auseinandersetzung mit dem Strafvollzug, seinen Zielen, seiner Entwicklung, seinen Problemen und seinen Perspektiven. Unsere Gesellschaft kann auf Strafandrohungen (auch Freiheitsstrafe) zur Durchsetzung ihrer Normen nicht verzichten, jedoch besteht in Bezug auf die Praxis des Strafvollzuges ein dringender Reformbedarf. Dabei ist das Gefängniswesen nicht isoliert von der Gesellschaft zu betrachten, sondern vielmehr als ein Ausdruck gesellschaftlicher Einstellungen zur Kriminalität und zum Straftäter. Vollzugsreform setzt daher Gesellschaftsreform voraus. Als ein Teil der Gesellschaft sind auch die christlichen Kirchen, Freikirchen und Gemeinschaften gefragt, ihren Beitrag zu einem veränderten Umgang mit der Kriminalität und dem Straftäter zu leisten.

Zur aktuellen Situation des deutschen Gefängniswesens

Der Strafvollzug in Deutschland steht schwerwiegenden Problemen und Herausforderungen gegenüber:

- **Die Gefängnisse sind überbelegt, und die Gefangenzahlen steigen weiter.**

Deutsche Vollzugsanstalten sind z. T. mit 30% überbelegt. Diese Überbelegung beruht auf einem deutlichen Anstieg der Gefangenzahlen, der sich bis heute fortsetzt.¹

Folgen sind:

- Viele Einzelzellen werden zu Gemeinschaftszellen "umfunktioniert", und Gruppenräume werden mit Gefangenen belegt.
- Die Differenzierung der Gefangenen wird erschwert bzw. unmöglich gemacht.
- Die Möglichkeiten zur Gestaltung des Vollzugsalltags werden erschwert, und die Motivation der Vollzugsbediensteten wird belastet.
- Die Subkulturbildung unter den Gefangenen nimmt zu.

- **Der Ausländeranteil im Strafvollzug steigt.**

Der Anteil ausländischer Gefangener betrug 1997 bundesweit 24,5%²; in den alten Bundesländern liegt er deutlich höher. In einigen Haftbereichen (insbesondere in der Untersuchungshaft) befinden sich heute mehr ausländische als deutsche Gefangene.

- Mit vielen Gefangenen ist eine sprachliche Verständigung kaum möglich.
- Da ein erheblicher Teil der ausländischen Gefangenen direkt aus dem Vollzug in die Heimatländer abgeschoben wird, bleibt das Vollzugsziel der Wiedereingliederung auf der Strecke.
- Die unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Temperamente bedeuten ein zusätzliches Konfliktpotential.
- Auch unter den ausländischen Gefangenen sind deutliche Subkulturbildungen zu beobachten.

¹ So ist die Zahl der Strafgefangenen zum Stichtag 31. März von 46.516 im Jahr 1995 auf 48.904 im Jahr 1996 und 51.642 im Jahr 1997 gestiegen (Pressemitteilung des Statistischen Bundesamt).

² Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 17.03.98



- **Die Zahl der Gefangenen mit Gewalt- oder Drogenerfahrungen wächst.**

Die Bemühungen um eine Zurückdrängung der Freiheitsstrafe haben dazu geführt, daß sich heute deutlich mehr stärker kriminell gefährdete Menschen im Strafvollzug befinden. Zugleich stieg der Anteil der sucht- und drogengefährdeten Inhaftierten deutlich an und dürfte im geschlossenen Strafvollzug inzwischen über 50% liegen³. Der zunehmend problembelasteten Gruppe der Gefangenen stehen gleichbleibend oder sogar verringerte Möglichkeiten sozialer bzw. pädagogischer Begleitung gegenüber. Die wachsende Perspektivenlosigkeit für die Zeit nach der Entlassung (z.B. auf dem Arbeitsmarkt) fördert die Resignation bei Betroffenen und Helfern.

- **Die finanzielle Ausgestaltung des Strafvollzugs verschlechtert sich.**

Keinesfalls hat die wachsende Zahl von Gefangenen zu einer Vergrößerung der entsprechenden Haushaltsansätze in den Landeshaushalten geführt. Im Gegenteil ist der Strafvollzug – wie auch mancher andere Bereich – vielerorts von Einsparungsmaßnahmen betroffen. Die Folgen sind von Anstalt zu Anstalt unterschiedlich. Zu nennen sind u.a. :

- Finanzielle Mittel für den Freizeitbereich (die Bezahlung nebenamtlicher Kräfte) stehen nicht mehr zur Verfügung.
- Dringend benötigtes zusätzliches Personal kann nicht eingestellt werden.
- Insbesondere in den neuen Bundesländern kommt die bauliche Erneuerung oft völlig überalterter Gefängnisse nur viel zu langsam voran.

Lösungen für die Finanzkrise des Strafvollzugs werden derzeit in der Budgetierung gesucht, wobei dies die Eigeninitiative der Anstalten zum Umgang mit den ihnen zur Verfügung stehenden Geldern fördern soll.

- **Der Behandlungsvollzug hat die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllen können.**

Das am 1. Januar 1977 in Kraft getretene Strafvollzugsgesetz gab dem Strafvollzug als Vollzugsziel die Befähigung des Gefangenen, "künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen", vor. Kriminalität wurde auch als Ausdruck sozialer Mängel verstanden, die während der Zeit der Inhaftierung überwunden werden sollten. Ziel war damit auch eine effektivere Rückfallverhütung, als sie ein allein auf Abschreckung ausgerichteter Strafvollzug bieten konnte. Nach 20-jährigem Bestehen des Strafvollzugsgesetzes werden dessen Erfolge allgemein eher kritisch eingeschätzt, und die an eine auf Resozialisierung ausgerichtete Behandlung der Gefangenen gerichteten Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Im einzelnen sind in ursächlichem Zusammenhang mit dem ausgebliebenen Erfolg des Strafvollzugsgesetzes zu nennen:

- Die angestrebte Vollzugsreform blieb in Ansätzen stecken. Wichtige Änderungen im Vollzugsalltag wie die Entlohnung der Gefangenen, die Festsetzung der Belegungsgrenzen oder die Einzelunterbringung wurden nicht umgesetzt.
- Es fehlte ein verbindliches Konzept des Behandlungsvollzuges. Das Strafvollzugsgesetz läßt das "wie" der Vorbereitung des Gefangenen auf ein Leben in Freiheit offen. Die Verwirklichung des Vollzugszieles durch die Vollzugsanstalten läßt sich somit aufgrund fehlender Mindeststandards nicht überprüfen.⁴

³ siehe: Frieder Dünkel und Angelika Kunat: Zwischen Innovation und Restauration. 20 Jahre Vollzugsgesetz - eine Bestandsaufnahme. In: Neue Kriminalpolitik, 9. Jg. Nr. 2, Mai 1997, S. 29

⁴ ebd., S. 24



- Der Behandlungsvollzug war von Anfang an mit zu hohen Erwartungen überlastet. Rückfallvermeidung stellt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar, zu der im Strafvollzug nur ein Beitrag geleistet werden kann.⁵
- Die öffentliche Meinung steht dem Behandlungsvollzug eher kritisch gegenüber. Das gesellschaftliche Klima hat sich seit den 70er Jahren deutlich geändert. Das Interesse an einem auf Wiedereingliederung ausgerichteten Strafvollzug ist mehr und mehr den Forderungen nach härteren Strafen gewichen. Den Organen der Strafrechtspflege wird vorgeworfen, "zumindest in spektakulären Einzelfällen für die Aufgaben der Vermeidung von Rückfall oder die Herstellung von öffentlicher Sicherheit nicht genügend leistungsfähig zu sein".⁶

Es ließen sich noch manche andere Probleme ausführen, so die zunehmende Arbeitslosigkeit unter den Gefangenen, die hohe Zahl der nur kurzzeitig inhaftierten, "durchlaufenden" Gefangenen, die steigende Bedeutung von Inhaftierten aus dem Bereich des organisierten Verbrechens oder die Herausforderungen durch gesundheitliche Gefahren wie die der erst in den letzten Monaten in ihrer Bedeutung erkannten Hepatitis C- Infektionen. Eindeutig jedenfalls ist:

- a) Die Zahl der vollzugsinternen Probleme hat sich in den zurückliegenden Jahren eher gesteigert als verringert.
- b) Parallel dazu sind die Möglichkeiten einer sozialen, pädagogischen oder therapeutischen Begleitung bzw. Beeinflussung der Gefangenen eher zurückgegangen als gestiegen.
- c) Die äußeren Bedingungen in den deutschen Gefängnissen tragen damit heute weniger als vor einigen Jahren dazu bei, Gefangene auf ein Leben in Freiheit vorzubereiten.

In dieser Situation sind nicht nur die Vollzugspraktiker, sondern Gesellschaft, Politik und Kirchen gefragt. Der Strafvollzug ist auf Impulse aus der Gesellschaft angewiesen, ebenso der Haftentlassene auf die Integration in die Gesellschaft.

1. Was die Politik tun kann.

Strafvollzug ist Länderangelegenheit, wobei die Gesetzgebungskompetenz beim Bund liegt. Wesentliche Hilfen zur Verbesserung der Situation des Strafvollzuges wären:

- **Einführung eines Strafvollzugsberichtes und eines Strafvollzugsbeauftragten**

Strafvollzug braucht Öffentlichkeit. Die Probleme etwa der Gemeinschaftsunterbringung Gefangener aufgrund von Überbelegungen, der baulichen Verhältnisse besonders in manchen ostdeutschen Anstalten oder das Fehlen von Konzepten für den Umgang mit ausländischen, zur Abschiebung anstehenden Strafgefangenen müssen in einem weiten Kreis diskutiert werden können. Sonst prägen Informationen über Neubauprojekte im Strafvollzug und über den Umgang mit Wirtschaftskriminellen zu einseitig die Vorstellungen der Öffentlichkeit. An der Erstellung eines solchen Strafvollzugsberichtes durch den Bund unter Mitwirkung der Länder sollten gesellschaftliche Institutionen in angemessenem Umfang beteiligt sein. Der Bericht sollte auch den Bereich des ehrenamtlichen Engagements im Strafvollzug umfassen. Zusätzlich könnte die Stelle eines Strafvollzugsbeauftragten geschaffen werden, zu dessen Aufgabenbereich es gehören sollte, Information und Diskussion über den Strafvollzug in Schulen, Hochschulen und Medien zu fördern.

⁵ "... macht deutlich, daß die Rückfallvermeidung keine vom Strafvollzug allein zu leistende Aufgabe sein kann. Es handelt sich vielmehr um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu deren Erfüllung der Justizvollzug allenfalls einen kleinen Beitrag leisten kann." (Harald Preusker: Reform-Entzug? In: Neue Kriminalpolitik, 9. Jg. Nr. 2, Mai 1997, S. 35)

⁶ Bernd Maelicke: Sparen als Chance? Zur Notwendigkeit der Qualitätsdiskussion in der Kriminalpolitik. In: Kriminalpädagogische Praxis, 25. Jg. Nr 1, Januar 1997, S. 46



- **Diskussion über Ziel und Inhalt der Resozialisierung**

Indem das Strafvollzugsgesetz die Behandlung des Gefangenen zum Vollzugsziel erklärt, sagt es noch nichts über das "Wie" und "Wohin" dieser Behandlung. Welche Fähigkeiten braucht ein Mensch, um in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen? Und wie erwirbt er diese Fähigkeiten? Wie kann auch ein Strafvollzug für Kurzeinheitsinhaftierte am Behandlungsgedanken orientiert werden? Will der Strafvollzug wirklich Behandlungsvollzug sein, darf die Diskussion über diese Fragen nicht verstummen. Und sie darf auch nicht nur vollzugsintern geführt werden, da der moderne, an Resozialisierung orientierte Strafvollzug eine breite Basis in der Gesellschaft braucht, um Haftentlassene erfolgreich in die Gesellschaft integrieren zu können.

- **Integrative Strafvollzugspolitik der Länder**

Es ließe sich eine lange Liste von dringend notwendigen Maßnahmen für den Strafvollzug anschließen, etwa mit dem Verweis auf bauliche Mißstände in den neuen Bundesländern, auf den Rückgang von Freizeitangeboten und die Zunahme ungelenkter Freizeit (Aufschluß, Umschluß) mit allen daraus resultierenden Problemen oder die aus langwierigen Sicherheitsüberprüfungen resultierenden Hemmnisse für die Zulassung ehrenamtlicher Mitarbeiter im Strafvollzug. Um unter Beteiligung möglichst vieler gesellschaftlicher Kräfte eine Weiterentwicklung des Strafvollzugs in den Ländern zu erreichen, regen wir die Bildung von Arbeitsgruppen bei den Landesregierungen an – vielleicht unter dem Titel "integrierte Vollzugspolitik".

2. Was die Kirchen tun können.

Nach der Denkschrift "Strafe – Tor zur Versöhnung"⁷ der Evangelischen Kirche in Deutschland ist es ruhig geworden. In Kirchen, Freikirchen und Gemeinschaften brauchen wir eine Förderung des praktischen Engagements in der Straffälligenhilfe. Große Chancen liegen in der ehrenamtlichen Arbeit. Für den evangelischen Bereich kann gesagt werden:

- **Gemeinsames Engagement von Kirche und Diakonie**

Kirche und Diakonie, Verkündigung und praktische Hilfe gehören zusammen – und drohen doch auseinander zu fallen. Gefängnispfarrer werden zu Einzelkämpfern abseits der Kirchengemeinden, und auch die Mitarbeiter der Diakonie sind zu oft nicht im Gemeindealltag präsent. Diese Entwicklung betrifft auch uns, die christliche Straffälligenhilfe – besonders deshalb, weil Seelsorge und Straffälligenhilfe die Ortsgemeinden als Lebensräume für Haftentlassene brauchen: Der einzelne Christ kann Arbeitgeber, Ausbilder, Wohnungsgeber, Nachbar, Freund für einen Haftentlassenen sein. Gemeinsame Aktivitäten (Gottesdienste in Gefängnis oder Gemeinde, Aktionswochen, Arbeitskreise, Publikationen) sind zu fördern.

- **Praktische Hilfen im Miteinander**

In dem Miteinander von Gemeinde, Gefängnisseelsorge und Diakonie liegen viele Chancen für eine effektive Hilfe: So könnten Gefangene bei Problemen in ihrer Familie den Gefängnispfarrer informieren, die Diakonie bei speziellen Problemen (z.B. Überschuldung) mit einer Fachberatung helfen und die Gemeinde ihre Gruppenangebote betroffenen Familien öffnen und z.B. Nachbarschaftshilfe und seelsorgerliche Begleitung leisten.

⁷ Kirchenamt im Auftrag des Rates der EKD (Hrsg.): Strafe: Tor zur Versöhnung? Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Strafvollzug. Gütersloh 1990



- **Interesse für Gefangene und den Strafvollzug**

Der Umgang mit Kriminalität, die Situation von Tätern (und Opfern) und der Strafvollzug selbst kann in den Gemeindegruppen neu zu einem Thema werden. Kinder- und Jugendarbeit, Frauenarbeit, Gesprächskreise und Bibelstunden sollten diese Fragen aufgreifen.

3. Was die christlichen Gefährdetenhilfen leisten.

Ehrenamtliche Arbeit bildet die Basis der BSDG-Vereine. In ihnen engagieren sich Christen, um konkret Hilfen für Gefangene zu leisten. Diese Mitarbeiter verstehen sich in der Gesellschaft zugleich als Multiplikatoren für die Idee eines Strafvollzugs, der an der Wiedereingliederung des Täters orientiert ist.

- **Förderung ehrenamtlichen Engagements im Strafvollzug**

Durch Seminare, Informationsveranstaltungen, Gottesdienste und Publikationen fördern die Mitgliedsvereine der BSDG das ehrenamtliche Engagement im Strafvollzug. Sie werden in einer zunehmenden Zahl von Gefängnissen mit eigenen Kontaktgruppen tätig und regen in ihrem Umfeld die Auseinandersetzung mit Fragen des Strafvollzugs an.

- **Dialog zu Fragen des Strafvollzuges**

Die BSDG-Vereine stehen im Kontakt zu Vollzugspraktikern, Politikern, christlichen Kirchen, Freikirchen und Gemeinschaften sowie anderen gesellschaftlichen Gruppen. Sie wollen das Gespräch über eine an der Wiedereingliederung orientierte Strafvollzugsgestaltung anregen und mitgestalten.

- **Strafvollzug und Straffälligenhilfe**

Ein Schwerpunkt des Gefährdetenhilfeengagements liegt in der Hilfe für Haftentlassene. Familiäre Wohngemeinschaften, Zweckbetriebe zur beruflichen Eingliederung und integrative Freizeitgruppen eröffnen straffälligen Menschen Lebensräume außerhalb ihres früheren Milieus. Straffälligenhilfe beginnt im Strafvollzug, und sie will an das Bemühen des Strafvollzugs um Wiedereingliederung des Straftäters anknüpfen. Eine entsprechende Gestaltung des Strafvollzuges liegt damit im unmittelbaren Interesse der Straffälligenhilfe, die aus ihren Erfahrungen zu einer solchen Gestaltung beisteuern kann.

Mit ihrem Engagement stehen die christlichen Gefährdetenhilfe-Vereine in der Verantwortung nicht nur vor den betroffenen Menschen, sondern vor Gott. Sie orientieren sich an dem Wort Jesu "Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüder, das habt ihr mir getan."⁸

Burbach, den 25. Oktober 1998

⁸ Die Bibel, Matthäus 25,40

Grondslagen DGV

Geachte collega's,

Mij is gevraagd vanmorgen iets te vertellen over de grondslagen van de DGV. De tekst wordt uitgesproken namens alle collega's van het MT.

In 2004 is de DGV gevormd. We zijn inmiddels vijf jaar verder en het lijkt allemaal heel gewoon dat onze dienst bestaat. Zo gewoon is dat echter niet. Om dat toe te lichten, ga ik even met u terug naar het eind van de negentiger jaren in de vorige eeuw. We hadden toen een paars kabinet. De hoge ambtenaren op het ministerie van Justitie wilden de geestelijke verzorging meenemen in een grote reorganisatie.

De geestelijk verzorgers zouden komen onder de integrale aansturingsverantwoordelijkheid van de directeuren van de inrichtingen. Zo nodig zouden die ook zelf om de hoek kunnen inhuren. De hoofden, als vertegenwoordigers van de zendende instanties, waren voorzien als een soort staffunctionarissen op het gebied van de inspectie van de geestelijke verzorging. Het was voor ons als hoofdgeestelijken toen niet goed inzichtelijk of er voor deze fundamentele positiewisseling van de geestelijke verzorging steun in de Kamer zou bestaan. Eendrachtig hebben wij ons toen als vier klassieke denominaties tegen deze plannen verzet, met als hoogtepunt een gezamenlijke bijeenkomst met jubileumvieringen van rooms-katholieken, protestanten en humanisten in de Dom in Utrecht. Uiteindelijk heeft de tegendruk na een aantal jaren geresulteerd in de vorming van de Dienst Geestelijke Verzorging.

In de afgelopen jaren hebben we in een goede samenwerking tussen kerk en staat onder leiding van onze directeur Thea Bogers een stevige Dienst Geestelijke Verzorging binnen DJI opgebouwd.

Anders dan tot het begin van deze eeuw, hebben we dus nu wel een geformaliseerde positie. In de afgelopen jaren hebben wij in het managementsteam de Dienst verder ontwikkeld. Belangrijk onderdeel van deze ontwikkeling zijn de grondslagen van de Dienst Geestelijke Verzorging, die zowel door de kerk als door de staat worden omschreven en die ook door de zeven denominaties worden omschreven. Op zichzelf genomen is dat denk ik, zonder onszelf op de borst te kloppen, wel een prestatie van betekenis.

Ik wil nu graag de zes grondslagen met u doornemen.

De eerste grondslag betreft het besturingsmodel van de geestelijke verzorging. Er is een duaal en paritair bestuur. Duaal, dat wil zeggen: de dienst wordt bestuurd door de staat en de kerk samen. De staat, in de persoon van de directeur van de Dienst, is verantwoordelijk voor de bestuurlijke en bedrijfs-economische processen binnen de Dienst en de hoofdgeestelijken zijn verantwoordelijk voor de inhoud. Deze constructie blijkt in toenemende mate geen korset, maar een wederkerige verrijking. Ook is het bestuur paritair, dat wil zeggen dat de bestuurders van de overheid en de zendende instanties als bestuurders op een gelijkwaardig niveau met elkaar samenwerken.

Het tweede uitgangspunt van de Dienst is het zogenaamde denominatief werken. Onze Dienst kent geen algemene geestelijke verzorging, maar functioneert langs de lijnen van de zeven denominaties die erin zijn opgenomen. Deze denominatieve opzet is een uitvloeisel van de Penitentiaire Beginselen Wetten.

In die wetten staat dat ingesloten en het wettelijk recht hebben om hun geloof of levensovertuiging, individueel of in gemeenschap met anderen, vrij te belijden en te beleven. De eigen keus van de gedetineerde is leidend. De DGV is opgebouwd vanuit de overtuiging dat door godsdienst of levensbeschouwing geen zending bedreven mag worden. Denominatief werken betekent ook dat de Nederlandse overheid voluit de betekenis van religie en levensbeschouwing voor de ingesloten heeft erkend, niet alleen als voor hen persoonlijk van betekenis, maar ook als maatschappelijk van betekenis. Oud-minister van Justitie Donner heeft daar bij het eerder genoemde jubileum in de Dom te Utrecht het volgende over gezegd. 'Een overheid kan straffen; maar zin geven aan die straf, anders dan als vergelding en preventie, kan de overheid niet. Niet dat geestelijke zorg daar een panacee voor is of dat de overheid het als instrument kan inzetten; maar waar geestelijke verzorging baat en bijdraagt aan verandering in mensen, draagt zij ook bij aan de zin van straffen door de overheid. Daarom is geestelijke verzorging ook een algemeen belang. De overheid zal daar voorwaarden voor moeten scheppen; zelf kan ze het niet, maar zonder gaat het niet'. Geestelijke verzorging is dus een publieke taak.

Het denominatief werken is dus een uitvloeisel van de Penitentiaire Beginselenwetten en staat ook in combinatie met de financieringsgrondslag.

De financieringsgrondslag van onze Dienst is enerzijds de norm van 1 op 90 en anderzijds een onderlinge verdeling van deze norm tussen de denominaties op basis van een periodiek uit te voeren meetinstrument.

De derde grondslag van de Dienst is het integraal werken. Integraal werken betekent dat een gedetineerde geestelijke verzorging ontvangt, zowel persoonlijk als in de groep (kerkdienst, bezinningsbijeenkomst en gespreksgroep) van de geestelijk verzorger bij wie hij staat ingeschreven.

Integraal werken is een uitvloeisel van het denominatief werken en staat ook in relatie met de dienstenspecificaties, waarover ik straks zal spreken als de vierde pijler van deze dienst. Integraal werken betekent dus dat een gedetineerde in principe geestelijke verzorging uit één hand ontvangt. Op grond van de wet is hij volledig vrij om te kiezen van wie hij deze geestelijke verzorging wil ontvangen. Zo kan dus iemand die protestant is van huis uit, zich aansluiten bij de humanist, en dan vervolgens bij de humanist deelnemen aan alle kerntaken. Over het principe van het integraal werken hebben we lang gesproken in het managementsteam.

Voor een goede uitvoering van het integraal werken zijn twee randvoorwaarden noodzakelijk. De eerste is dat er een goede intake plaatsvindt. Het informatieboekje dat we pas hebben uitgegeven kan hierin ook van belang zijn.

Het is de verantwoordelijkheid van een team geestelijke verzorging dat de gedetineerden goed op de hoogte zijn van wat er te kiezen is. Een goede intakeprocedure is hierbij van levensbelang en die wordt ook op het centrale niveau voorbereid. Het kan dus niet zo zijn dat iemand bijvoorbeeld op grond van zijn naam automatisch bij een gv-er wordt ingedeeld. Een andere belangrijke voorwaarde voor integraal werken is een goed registratiesysteem waar alle collega's aan meewerken. Ook een registratiesysteem is centraal in voorbereiding.

Zoals ik al zei is er in het MT intensief gesproken over het integraal werken. Vooral de vraag wanneer hiervan afgeweken zou kunnen worden was ook aan de orde. Afwijken ervan kan alleen als aan de volgende voorwaarden is voldaan.

1. Het initiatief moet uitgaan van de ingeslotene; de behoefte en het belang van de ingeslotene staan daarbij centraal en uitsluiting moet in dit kader worden voorkomen.

2. Er vindt, voorafgaand aan een aanpassing, intercollegiaal professioneel overleg plaats tussen de direct betrokken collega's waarbij tot een gezamenlijk gedragen conclusie wordt gekomen; van concurrentie mag daarbij geen sprake zijn.

Ten slotte moet er op het punt van integraal werken nog op gewezen worden dat het ook in detentie iemand is toegestaan van godsdienst of levensovertuiging te veranderen.

De vierde pijler zijn de zeven diensten van de geestelijk verzorger, uitgewerkt in de zeven dienstenspecificaties. Ik noem ze kort:

1. Intakegesprekken (individueel of groepsgewijs);

2. Ambulante gesprekken. Het gaat hierbij om het aanwezig zijn onder gedetineerden op de ring, de afdeling, de luchtplaats of de recreatieruimte. Deze korte contacten betreffen bijvoorbeeld het beantwoorden van vragen, het geven van advies, het regelen van praktische zaken en het geven van steun en bemoediging;

3. Individuele gesprekken;

4. Groepsgesprekken;

5. Kerkdiensten, gebedsdiensten en bezinningsbijeenkomsten;

6. Bijzondere bijeenkomsten n.a.v. een incident, bijvoorbeeld een suïcide, een breder religieus of maatschappelijk thema of bijzondere religieuze vieringen;

7. Bijstand in crisissituaties.

De vijfde pijler is het loyaal uitvoeren van wet- en regelgeving.

De geestelijke verzorging voert geen eigen beleid op het gebied van wet- en regelgeving, maar voert overheidsbeleid en regelgeving dus loyaal uit. Dus geen mensen laten bellen op alle beperkingen en geen gedetineerden laten meekijken op internet.

De zesde pijler is dat er één Dienst Geestelijke Verzorging is binnen Justitie. Er wordt dus niet ingehuurd om de hoek door de directeurs. Er is een afnameverplichting van de 7 diensten uit de DGV.

Ik hoop op deze wijze een inzicht gegeven te hebben in de zes grondslagen van onze Dienst.

Manifest Oecumenische Strategische Alliantie "Gevangenen bevrijden"

Ons land kampt met een enorme criminaliteitsproblematiek. Per jaar verblijven zo'n 80.000 mensen kortere of langere tijd in inrichtingen van Justitie. Er is een ongekend hoog recidivepercentage. Van de gedetineerden valt 75 procent regelmatig terug in criminaliteit. Veel jongeren leggen al op heel jonge leeftijd de basis voor een lange criminele carrière.

Criminaliteit heeft ernstige gevolgen voor de slachtoffers. Maar ook voor de daders zelf. En voor de samenleving als geheel. Er gaat dreiging van uit en het brengt hoge maatschappelijke kosten met zich mee. Om criminaliteit te bestrijden zijn maatregelen op het gebied van beveiliging noodzakelijk. De meest effectieve beveiliging is het voorkómen van criminaliteit door te investeren in mensen. Zorgen dat een criminele levensweg wordt omgebogen in de richting van een leven zonder criminaliteit.

Een uitweg uit de criminaliteit is mogelijk

Het is naar onze overtuiging in beginsel mogelijk meer mensen uit de criminaliteitsspiraal te bevrijden. Het recidivepercentage kan door verbetering van de bijdrage van verschillende maatschappelijke actoren en door verbetering van hun samenwerking worden omgebogen. Dat laat bijvoorbeeld het werk van *Exodus* zien. *Exodus* biedt in tien huizen opvang en begeleiding aan ex-gedetineerden. Het programma richt zich op de complexe persoonlijke en maatschappelijke problematiek die veel gedetineerden hebben. Er is een samenhangend begeleidingsprogramma op alle levensgebieden: wonen, werken, relaties en zingeving. Een onderzoek van professor Moerings stelt dat 57 procent van de bewoners niet meer terugvalt in criminaliteit. Dat aantal is nóg hoger bij de bewoners die het programma afmaken. Daarvan blijft 85 procent op het rechte pad. Ook de maatschappelijke opbrengsten zijn hoog. Een onderzoek bij één *Exodus*-huis te Amsterdam heeft aangetoond dat deze investering in mensen 3½ tot 8 miljoen euro aan maatschappelijke kosten bespaart.

Het justitiepastoraat wil meer bijdragen aan het doorbreken van de criminaliteitsspiraal

Het justitiepastoraat geeft gestalte aan de vrijheid van godsdienst en levensovertuiging in inrichtingen van Justitie. Het doet dat door gerichte, gespecialiseerde vormen van zorg aan justitiabelen te bieden. Het draagt daardoor ook bij aan het geestelijk welzijn van justitiabelen. De justitiepastorale opdracht krijgt onder meer gestalte in het intensieve contact dat pastores en predikanten hebben met heel veel gedetineerden. Dit is op zichzelf opmerkelijk want veel gedetineerden hebben in niets en niemand meer enig vertrouwen. Het justitiepastoraat begeleidt hen in individuele gesprekken, groepsgesprekken en in kerkdiensten. Het ziet daardoor ook hoe verwoestend criminaliteit kan inwerken op de levensontplooiing. Het ziet hoe oorzaken al vanaf jonge leeftijd kunnen bestaan. Justitiepastores gaan met gedetineerden een relatie van vertrouwen aan. In het pastoraat gaat het om de verwerking van het verleden en om oriëntatie op de toekomst. In de pastorale praktijk komt daardoor als vanzelf de vraag naar de hoop op een menswaardig bestaan na detentie en een moreel aanvaardbare bijdrage aan de samenleving naar voren. Die hoop is innerlijk verbonden met het verlangen sociaal en maatschappelijk aanvaardbare bindingen aan te gaan, waarin afglijden naar criminaliteit ontmoedigd wordt en wegen naar een aanvaardbare levenswijze worden geopend.

Het Rooms-Katholiek en Protestants Justitiepastoraat hebben veel mogelijkheden om mensen vanuit samenhangende geloofsovertuigingen te ontmoeten in vragen van verleden en toekomst. Het christelijk geloof geeft immers in spiritualiteit een dieptedimensie aan het leven en in morele oriëntatie een breedtedimensie. Het justitiepastoraat kan in de oriëntatie op de binnenkant van het bestaan en op de ontplooiing van het leven een belangrijke bijdrage leveren om te komen tot een nieuwe levensweg. Het justitiepastoraat kan belangrijk voorbereidend werk doen voor het nazorgwerk voor ex-gedetineerden dat met steun van de kerken is ontstaan. Ondersteuning van het

justitiepastoraat door vrijwilligers en kerken is van essentiële betekenis en draagt bij aan motivatie en aan vruchtbare binding.

Oecumenische Strategische Alliantie (OSA)

Met het oog op de concrete levenssituatie van gedetineerden hebben de Hoofdaalmoezenier en de Hoofdpredikant besloten te komen tot een *Oecumenische Strategische Alliantie* van het RK en Protestants Justitiepastoraat. Het betreft een programmatische samenwerking die de maatschappelijke opdracht van het justitiepastoraat in versterkte mate vorm kan geven. Het doel ervan is de preventieve werking van de pastorale zorg waar mogelijk te versterken, met name door sociaal-maatschappelijke netwerken te activeren, door het gebruik van educatieve methoden in het pastoraat te optimaliseren, en door doelmatiger samen te werken dan nu reeds het geval is.

De *Oecumenische Strategische Alliantie* is gebaseerd op de ervaring dat werken vanuit het Evangelie onder gedetineerden van grote betekenis kan zijn. Door de krachten te bundelen kan de inzet worden vergroot. De alliantie beoogt het bereik van het justitiepastoraat onder gedetineerden sterk te vergroten met programma's gericht op geloofsoriëntatie, levensvorming en betrokkenheid op nazorg en geloofsgemeenschap. Zij kan bijdragen aan de motivatie van gedetineerden voor een nieuwe levensweg en vruchtbare binding met anderen.

De oecumenische dimensie van de alliantie krijgt vorm in het streven, met behoud van eigen tradities, een gezamenlijke aanpak van de maatschappelijke opdracht van het justitiepastoraat te ontwikkelen, en het inbrengen van eigen netwerken en praktische mogelijkheden in die samenwerking.

In de *Oecumenische Strategische Alliantie* zullen bestaande samenwerkingsprojecten van het Rooms-Katholiek en Protestants Justitiepastoraat worden ingebracht. Het gaat daarbij om: het vaktijdschrift *Pastorale Verkenningen*, het Theologisch Centrum voor het Justitiepastoraat, het *Handboek voor het justitiepastoraat*, de nota *Meer perspectief in de vreemdelingenbewaring*. In de alliantie zal ook een aantal nieuwe initiatieven worden ontwikkeld.

Samengevat bevat de samenwerking de volgende elementen:

1. Een gezamenlijk moreel vormingsprogramma dat zich richt op een groot aantal gedetineerden.
2. Een gezamenlijke beleidsmatige en praktische intensivering van het jongerenpastoraat in de JJI's.
3. Een intensivering van de verbondenheid tussen justitiepastoraat en *Kerken met stip*.
4. Een gezamenlijk specialisatie- en inwerkprogramma voor nieuwe justitiepastores.
5. Intensiveren van de bijdrage aan een humaan detentieklimaat door de inbreng van een signaleringsnotitie in de DJI-organisatie.
6. Intensivering van de bestaande samenwerking in de vreemdelingenbewaring op basis van de nota *Meer perspectief in de vreemdelingenbewaring* en van de samenwerking met betrekking tot vrijwilligerswerk en nazorg via de stichting *Exodus*.
7. Het ontwikkelen en optimaliseren van vormen van herstelgericht pastoraat die aansluiten bij herstelgerichte detentie.
8. Versterking en onderlinge afstemming van bestaande gezamenlijke initiatieven ter bevordering van de kwaliteit van het pastoraat: het tijdschrift *Pastorale Verkenningen*, de websites van de beide denominaties, het *Handboek voor het justitiepastoraat* dat voor eind 2007 is voorzien, het Theologisch Centrum voor het Justitiepastoraat dat reflectie op de pastorale praktijk bundelt (en dat in de loop van 2007 van start zal gaan).

Hoofdaalmoezenier prof. dr A.H.M. van Iersel, Hoofdpredikant drs J.D.W. Eerbeek, januari 2007